Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Redaction bestimmte Manuskripte werden nur an Wochentagen nicht vor 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 30. Montag den 30. Januar 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das vom Stiftsrathe Dr. **Johann Franz Born** für einen in Leipzig geborenen, die Rechte studirenden Sohn

a. eines Beisitzers der hiesigen Juristenfacultät, oder, da deren keiner vorhanden,
b. eines Beisitzers des vormaligen hiesigen Schöppenstuhles, oder, da ein solcher auch nicht wäre,
c. eines Rathsherrn allhier, und wenn deren ebenmäßig keiner zu finden,
d. eines hiesigen Bürgers,

gestiftete Stipendium ist auf die Jahre 1887 und 1888 zu vergeben und beträgt auf diese beiden Jahre je 170 ℳ 56 ₰.

Der Empfänger dieses Stipendiums hat am 12. Juni laufenden Jahres über ein „argumentum iuridicum ex peccatis" und diese Oration schriftlich bei uns einzureichen.

Wir fordern diejenigen Herren Studirenden, welche um obiges Stipendium sich bewerben wollen, hierdurch auf, sich unter Bescheinigung ihrer stiftungsgemäßen Qualification und Beifügung von Zeugnissen bis zum 25. Februar ldfs. Js. schriftlich bei uns anzumelden.

Leipzig, den 25. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Der am 4. November vor. J. von uns zum Verkaufe verfügte, **an der südöstlichen Ecke der Altenburger- und Kantstraße gelegene Bauplatz Nr. VII** des betr. Parzellirungsplanes ist mit Zustimmung der Stadtverordneten vom 18. dies. M. **dem Höchstbieter zugeschlagen** worden und entlassen wir in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die übrigen Bieter auf diesen Platz hiermit ihrer Gebote.

Leipzig, den 26. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 539. Dr. Georgi. Gerutti.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Rothholz-Auction.

Freitag, den **3. Februar** c., sollen **von** Vormittags 9 Uhr an auf dem Schlage im **Rosenthale,** in der Nähe der **sogenannten Schleife,** zwischen dem Fahrweg und der Pleiße

25	Eichen-**Nutzklötzer**	v. 51—96 cm	Mittenst.	u. 3—	7m	Länge
23	Buchen- „	„ 30—61 „	„	„ 3—	7 „	„
1	Linden- „	„ 36 „	„	„ 5 „	„	
20	Rüstern- „	„ 21—58 „	„	„ 5—10 „	„	
14	Maßhold. „	„ 23—40 „	„	„ 4— 9 „	„	
4	Eschen- „	„ 18—25 „	„	„ 4— 7 „	„	
1	Ahorn- „	„ 26 „	„	„ 4 „	„ u.	
30	Ellern- „	„ 19—39 „	„	„ 4—14 „	„	

sowie 18 Stück **Schirrhölzer** und
30 „ **Fichtenstangen**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obengedachten Schlage.
Leipzig, am 23. Januar 1888.

Des Raths Forstdeputation.

Vermiethung.

Das der hiesigen Stadtgemeinde gehörige **Hausgrundstück Mühlgasse Nr. 2** nebst zugehörigem Garten soll **vom 1. April f. Js.** an gegen **halbjährliche Kündigung**

Donnerstag, den 9. Februar d. Js.,
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 23. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 356. Dr. Trändlin. Krumhiegel.

Stockholzauction.

Donnerstag, den **9. Februar** c. sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Schlage im **Rosenthale,** in der Nähe der sogenannten Schleife, zwischen dem Fahrweg und der Pleiße

ca. 250 klar gemachte Stockholzhaufen,

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen **sofortige Bezahlung** an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obgedachten Schlage.
Leipzig, am 27. Januar 1888.

Des Raths Forstdeputation.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Anmeldungen für Ostern nimmt der Unterzeichnete Montag und Dienstag, den 30. und 31. Januar, von 10—12 und von 2—6 Uhr in der 1. Bürgerschule entgegen. Bei der Anmeldung ist die letzte Tochter vorzuzeigen.

Leipzig, den 28. Januar 1888. Dir. C. Reimer.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 30. Januar 1888.

* In parlamentarischen Kreisen unterhält man sich viel über die Audienz, welche der Kaiser dem Mitgliede des Herrenhauses Grafen Brühl nach seiner Rückkehr von Rom gewährt hat, wohin der Graf bekanntlich als außerordentlicher Abgesandter des Kaisers zum Papst-Jubiläum gereist war. Der Graf kann nicht genug die geistige Frische des Kaisers rühmen, welcher sich sehr sympathisch über die jetzigen Beziehungen seiner Regierung zum Vatican aussprach. Dem Anschein nach sind auch von dort neuerdings entgegenkommende Schritte zur Beseitigung der diesseitigen Klagen über die häufige unfriedfertige Richtung der katholischen Presse in Aussicht gestellt worden. Der Kaiser sprach besonders den Verdiensten des Reichskanzlers um die Herstellung des kirchlichen Friedens seine besondere Anerkennung aus.

* Man berichtet aus Kiel, 27. Januar: Magistrat und Stadtverordneten-Collegium hatten an den Prinzen Heinrich nach San Remo eine Glückwunschadresse gerichtet, auf die folgendes Erwiderungsschreiben eingegangen ist:

„Der Magistrat und das Stadtverordneten-Collegium von Kiel haben anläßlich des Jahreswechsels mir eine sehr freundliche und theilnehmende Kundgebung zugehen lassen, welche mich lebhaft erfreut und dankbarlichst verpflichtet hat. Gern habe ich dem Kronprinzen, meinem erlauchten Vater, vermeldet, wie auch die Stadt Kiel der schweren Sorge mit treuesten Wünschen eingedenk ist, die aller Orten und weit über das Deutsche Vaterland hinaus anläßlich des langwierigen und ernsten Leidens Höchstdesselben gehegt wird. Möchte die Sr. Kaiserlichen Hoheit dargebrachte Theilnahme allzeit gleich in der Zuversicht auf Gottes Gnadenwege, damit die Standhaftigkeit und Heldenmuthheit niemals verloren gehe, welche das Gute immer erhofft, dem Schwereren aber manchmal die Stirn bietet, wenn es der Rathschluß des Höchsten erfordert. Mit solchen Gesinnungen blicken wir, die Prinzessin Braut und ich, dem neuen Jahr entgegen, hoffend, daß es auch uns die ersehnte Vereinigung und damit die Erfüllung jener glückverheißenden Verlobt des vergangenen Jahres bringe, die von den Bewohnern Kiels mit so warmer Theilnahme begrüßt worden ist. Mit Dalmerich freundlichsten Dankes Seiner Kaiserl. Hoheit erwidere ich gleichzeitig die mir persönlich ausgesprochenen herzlichen Gesinnungen mit dem aufrichtigen Wunsche: Möge Gottes Segen auch im kommenden Jahre die Wohlfahrt der Stadt und das Glück seiner Bewohner begleiten.

San Remo, den 6. Januar 1888.

gez. Heinrich, Prinz von Preußen.

An den Magistrat und Stadtverordneten-Collegium von Kiel.

* Aus Greiz wird der „Post" gemeldet:

Der provisorische fürstliche Steuer-Aufseher Herr Lippold hatte sich, nachdem ihm seine Stellung aus den bekannten Gründen gekündigt worden war, um Uebernahme in den preußischen Staatsdienst beworben. Seine Uebernahme war ihm darauf zugesichert worden, nur möge er von fürstlicher Regierung ein Zeugniß und namentlich die Angabe des Entlassungsgrundes erbringen. Die Ausstellung eines solchen wurde ihm von fürstlicher Regierung verweigert mit der Motivirung, daß sie einem im Auftrags- oder Vorbereitungsdienst angestellten Beamten kein Zeugniß auszustellen brauche. Herr Lippold hat sich darauf an das preußische Finanzministerium gewendet, und ist nunmehr verfügt worden, daß er nach erfolgter Entlassung aus dem gegenwärtigen Dienstverhältnisse als commissarischer Grenzaufseher in Altona unter Anrechnung seiner zurückgelegten Dienstjahre gegen Bewilligung des vorgeschriebenen Diensteinkommens dasselbe übertragt das jetzige gerade um die Hälfte) definitiv angestellt werde. Es ist ihm nur noch aufgegeben worden, näher bezeichneten Orts seine thatsächliche erfolgte Entlassung aus dem bisherigen Dienstverhältnisse nachzuweisen, ohne daß es hierzu eines Zeugnisses der thatsächlich reuß-plauischen Landesregierung und namentlich der Angabe des Entlassungsgrundes bedürfe. — Der Grund der Dienstentlassung Lippold's ist folgender: In Greiz besteht ein Kriegerverein, welchem trotz wiederholter Nachsuchens eine Statutenänderung dahin nicht gestattet wurde, daß er auch jüngere ehemalige Soldaten, d. h. solche, welche die Feldzüge 1870—71 nicht mitgemacht haben, aufnehmen dürfte. Er ist somit zum Aussterben bestimmt. — Ferner besteht ein Militairverein. Dieser feiert nur den Geburtstag des Landesherrn, nicht aber den des Kaisers. Das letztere geschah nur einmal in Folge eines gegen den Wunsch des Vorsitzenden zu Stande gekommenen Beschlusses. Er besteht zu einem großen Theil aus Beamten und diesen ist ebenfalls untersagt, an irgend einer Feier des 2. September sich zu betheiligen. Eine Anzahl gedienter Soldaten, welche außer der Treue gegen den Landesherrn auch der Treue gegen ihren Kaiser und Kriegsherrn, dem sie unbedingten Gehorsam geschworen haben, Ausdruck geben wollen, sind zusammengetreten, um einen — bis jetzt noch langer Frist jedoch noch nicht genehmigten — neuen Militairverein zu gründen, welcher als Vereinszeichen Schleifen in schwarz-roth-gelber Landesfarbe nahm. Daß Lippold, welcher sein Freiwilligenjahr in Dresden abgedient hatte, diesem Verein beitrat und dessen Statut unterzeichnete, ist der alleinige Grund zu seiner Kündigung gewesen, es ist ihm s. Z. dabei mündlich eröffnet worden, daß dies der einzige Grund sei und daß man mit seinen Leistungen vollkommen zufrieden gewesen sei.

* * *

* Nach einer Depesche aus Straßburg i. E. wurde der dortige Färbereibesitzer Appel verhaftet.

* Ueber die am Sonnabend zu Pest im ungarischen Abgeordnetenhause stattgefundene Beantwortung der Interpellation Helfy liegt heute der folgende ausführliche Bericht vor:

In der Antwort auf die Interpellation Helfy's und Perczel's betonte der Ministerpräsident Tisza zunächst, daß man den verschiedenen Telegrammen und Zeitungsgerüchten keinen Glauben schenken möge. Er beabsichtige nicht zu untersuchen, ob diese Gerüchte Börsenmanöver oder aus der Sucht, Aufsehen zu erregen, oder als Fühler zu dem Zwecke in die Welt geschleudert seien, um dadurch hier und da im Innern des Staates Beunruhigung oder Spaltung hervorzurufen oder das gegenseitige Vertrauen der alliirten Mächte zu einander zu erschüttern. Er werde auch unterlassen, auf die Interpellationen näher einzugehen und sich nur kurz gefaßt im Allgemeinen äußern. Von competentester Stelle sei bereits durch die Zeitungen als unwahr bezeichnet, daß der Minister des Auswärtigen bezüglich der politischen Entscheidungen Einmischungen oder Conflicte zu bestehen habe. Ein Gleiches gelte von der Behauptung, daß der Kriegsminister um einen Credit für militairische Vorbereitungen nachgesucht habe, ein solcher jedoch in Folge seines (Tisza's) Widerspruchs verweigert worden sei, sowie von der Frage, die an sich schon einen Zweifel involvire, ob Oesterreich-Ungarn darauf vertrauen könne, daß seine Alliirten dasjenige erfüllen werden, was die Monarchie von ihnen zu erwarten berechtigt sei. Wenn die Regierung sehe, daß man bald sie anwerfisem mache, auf ihrer Hut zu sein, weil sie sich in dem Vertrauen auf die Alliirten täusche, bald wieder letztere aufmerksam machen; wenn man ferner das Gerücht aussprenge, daß die Regierung einseitig pakiren wolle, und dann wieder bemerke, daß dies der eine oder andere der Alliirten beabsichtige, so müsse Jedermann einsehen, daß es im Interesse Jemandes gelegen sein müsse, den Friedensbund zu lösen oder wenigstens das gegenseitige Vertrauen der Mitglieder desselben zu erschüttern und in den betreffenden Völkern eine die Thatkraft lähmende Beunruhigung hervorzurufen. Diesen Aeußerungen stehe die Thatsache gegenüber, daß nicht der geringste Grund vorhanden sei, daß irgend Jemand an der gegenseitigen heute Treue der zur Aufrechthaltung des Friedens und zu ihrer eigenen Sicherheit verbundenen Mächte zweifeln könne. Daß Rußland eine einschneidende Dislocation und Verlegung seiner Truppen gegen Westen vornehme, sei allerdings bekannt, sowie auch, daß die Durchführung dieses seit längerer Zeit bestehenden Planes in der Richtung der Grenzen der Monarchie in neuerer Zeit in größerem Maßstabe erfolgt sei; eben deshalb, und jedoch ohne irgend einen Zweifel in die friedliebenden Erklärungen des Kaisers von Rußland und in dessen wohlwollende Ansichten zu setzen und, indem Oesterreich-Ungarn selbst die von russischer Seite gegebenen Erklärungen, welche in Betreff jener Truppenbewegungen jede aggressive und kriegerische Absicht bestreiten, soweit annehme, als es die Vorsicht für die eigene Sicherheit gestatte, sei es die Pflicht der Regierung dafür zu sorgen, daß bei Vermeidung all dessen, was den Schein einer Provocation haben könnte, alles Nöthige geschehe, was die Sicherung der Grenzen Oesterreich-Ungarns und die Wehrhaftigkeit des Heeres erfordere. Die Ziele und Principien der österreichischen auswärtigen Politik seien den Völkern der Monarchie und aller Welt bekannt. In dieser Hinsicht habe er sich geäußert und habe sich auch der Minister des Aeußern ausgesprochen. Jeder wisse es, daß Oesterreich-Ungarn für sich gar nichts, weder eine vertragswidrige Ausdehnung seines Einflusses, noch gar irgend einen Territorialzuwachs anstrebe, wie dies der Regierung unwahrer Weise zugeschrieben werde. Auf der Basis der internationalen Verträge stehend, wünsche die Regierung vor Allem die Erhaltung des Friedens und werde auch im Interesse desselben stets bereit sein, im vorsichtigsten Sinne im Vereine mit den übrigen europäischen Mächten behufs Erhaltung der vertragsmäßigen Zustände mitzuwirken. Er könne nur wiederholen, was schon seitens der Regierungen wiederholt gesagt worden sei, daß das Bündniß der mitteleuropäischen Mächte nie etwas anderes als ein Bündniß auf rein defensiver Basis sei und deshalb ebenso der gewaltsamen Durchführung bestimmter politischer Fragen, wie jedem aggressiven Vorgehen fern stehe. Da auch von maßgebender Seite in Rußland die friedlichsten Absichten verkündet werden, könne die Regierung, indem sie zugleich die Lebensinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie wahre, trotz mancher zur Zwietracht und zum Kriege treibender Elemente, hierauf die Hoffnung gründen, daß es den friedliebenden Monarchen und Regierungen gelingen werde, den Frieden zu erhalten und Europa von dem schwer auf ihm lastenden Gefühle der Unsicherheit zu befreien. — Beide Interpellanten nahmen die Antwort des Ministers zur Kenntniß und erklärten, in Ungarn wünsche Niemand den Krieg. Auch das Haus nahm die Antwort mit Beifall zur Kenntniß.

* Aus Brüssel, 28. Januar, wird gemeldet:

Der heutige (russische offiziöse) „Nord" constatirt, das Mißtrauen, welches in Oesterreich-Ungarn den russischen Friedensversicherungen entgegengebracht werde, habe in Petersburg sehr unangenehm berührt, weil man daraus schließt, daß man in Wien zu irgend einem Zwecke eine kriegerische Stimmung brauche. Wenn die österreichische Presse an Rußland das Ansinnen stelle, durch Thaten seine Friedensliebe zu beweisen, so müsse darauf erwidert werden, daß Rußland bisher nichts unternommen hat, was den Frieden hätte stören können. Alle Fachmänner stimmen darin überein, daß die an den Grenzen befindlichen russischen Truppen sich zu keinem Angriffe eignen. Der „Nord" beschuldigt im Gegentheile die sogenannte Friedenspartei, daß sie bestrebt sei, überall eine gegen Rußland gerichtete Strömung hervorzurufen. Das sieht man einerseits bei dem Druck, der von Wien aus auf König Milan von Serbien ausgeübt wird und welcher das Zustandekommen einer Rußland freundlich gesinnten Regierung in Belgrad verhindert. Das sieht man ferner in der Verdächtigung Rußlands, als ob dasselbe einen Handstreich in Asien beabsichtige. Dadurch sollen offenbar die Türkei und England in die Arme der Triebsallianz getrieben werden. Schließlich werden alle möglichen Mittel angewendet, um die Neigung Italiens zu gewinnen. Rußland, sagt der „Nord", habe alle Versuche, den Besuch des rumänischen Ministers des Aeußern, Sturdza, in Friedrichsruh mit Mißtrauen anzusehen. Bezüglich der Verknüpfung der bosnischen Frage mit der bulgarischen erklärt der „Nord", Rußland wolle keineswegs die gesetzliche Stellung Oesterreichs in Bosnien und der Herzegowina in Frage stellen. Es sei aber kein Geheimniß, daß Oesterreich, welches bloß das Besetzungs- und Verwaltungsrecht besitzt, an die Annexion der beiden Provinzen denkt. Es giebt sogar Leute, welche behaupten, daß Oesterreich seine Blicke weit über die Herzegowina richtet. So lange nun Graf Kalnoky nicht das Gegentheil feierlich versichert, ist es nothwendig, zu constatiren, daß diesen Wünschen Oesterreichs das Interesse Rußlands entgegensteht. Der „Nord" bespricht auch noch die Reise des Prinzen Ferdinand nach Rumelien und meint, daß die bestellte Begeisterung ihn vor einem baldigen jähen Sturz nicht schützen werde.

* Der deutsche Consul in Sofia, Herr v. Richberger, ist vom Urlaub wieder in Sofia eingetroffen und hat die Geschäfte des dortigen deutschen Generalconsulates wieder übernommen.

* Der schweizerische Bundesrath hat, wie schon telegraphisch erwähnt, in vorläufiger Erledigung der Untersuchung, die socialistisch-anarchistischen Umtriebe betreffend, die folgenden deutschen Reichsangehörigen ausgewiesen: Alfred v. Ehrenberg, Hauptmann a. D., Peter Emil Schopen, Ignaz Metzler und Christian Haupt. Ferner wurde die Züricher Regierung aufgefordert, die Untersuchung zu vervollständigen und dafür zu sorgen, daß der „Social-demokrat" sich in den Schranken einer ruhigen und sachlichen Erörterung halte. Schließlich überläßt es der Bundesrath der Züricher Regierung, gegen den naturalisirten Karl Schröder gemäß den Züricher Gesetzen vorzugehen.

* Der Telegraph vermittelte uns eine englische Kundgebung über die deutsche Politik. Die Depesche lautet:

* London, 28. Januar. Der „Daily Telegraph" sagt bei Besprechung der deutschen Wehrvorlage, jede Vermehrung der Militairmacht Deutschlands dürfe von den übrigen Mächten Europas mit Sicherheit als eine weitere allgemeine Friedensbürgschaft betrachtet werden. Der erlauchte Monarch und der weise Staatsmann, welche Deutschlands Politik leiteten, hätten während der letzten siebzehn Jahre unzählige Beweise ihrer friedlichen Gesinnung gegeben. Die Deutschen seien lediglich darauf vorbereitet, das ihrige nach besten Kräften, gleichviel mit welchen Opfern an Blut und Geld zu vertheidigen, und es müsse zugegeben werden, daß ihre patriotische Bereitwilligkeit in dieser Hinsicht eine allgemeine Bewunderung verdiene.

Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken dazu:

Die warme Anerkennung, welche der Londoner „Daily Telegraph" bei Besprechung der neuen deutschen Wehrvorlage den Leitern der deutschen Politik, also dem Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler Fürsten Bismarck, zu Theil werden läßt, sagt zwar den deutschen Kreisen unseres Volkes nichts, was sie nicht schon vorher gewußt hätten, immerhin wird man dergleichen Zeugnisse nur voll hoher Befriedigung in einer Zeit registriren dürfen, wo es mehr und mehr den Anschein gewinnt, als ob Europa, den aller an den Tag gelegten Abneigung gegen kriegerische Verwickelungen, mit orientalischem Fatalismus das vermeintlich Unabwendbare über sich ergehen lasse. Wenn aber das Eingangs genannte englische Blatt es offen ausspricht, daß der erlauchte Monarch und der weise Staatsmann, welche Deutschlands Politik leiten, während der letzten siebzehn Jahre unzählige Beweise ihrer friedlichen Gesinnung gegeben haben, und unmittelbar hernach auf die Nothwendigkeit übergeht, in der Deutschland sich befindet, sein Eigenthum nach besten Kräften, mit unzählbaren Opfern an Blut und Geld vertheidigen zu müssen, so liegt in dieser einfachen Nebeneinanderstellung eine Kritik der internationalen Lage von solch überzeugender Beredsamkeit, daß jedes commentirte Wort überflüssig erscheint. Nach dem „Daily Telegraph" darf jede Vermehrung der Militairmacht Deutschlands von den übrigen Mächten Europas mit Sicherheit als eine weitere allgemeine Friedensbürgschaft betrachtet werden. Auch diese Ansicht wollen wir bereitwilligst acceptiren, obwohl wir uns nicht verhehlen, daß die Entwickelung der positiven Hilfsquellen jeder, also auch der deutschen, Nation schließlich in den realen Verhältnissen ihre natürliche Grenze findet, über welche sie in einem gegebenen Zeitpuncte nicht hinaus kann. Die vom „Daily Telegraph" als solche betrachtete Quelle der Friedensbürgschaften ist mithin keineswegs unerschöpflich; auch für das inoffensivste Volk kommt am Ende der Augenblick, wo es an sein eigenes Seelenheil denken, und wenn auch mit äußerstem Widerstreben, den Frieden Europas für sich selber sorgen lassen muß. Sollte das genannte Londoner Blatt mit seiner Bewunderung unserer patriotischen Bereitwilligkeit zur Uebernahme neuer schwerer Lasten die Meinung verbinden, daß wir nur aus rein platonischer Friedensliebe so handeln, so macht es uns ein zu weit gehendes Compliment. Wir wissen genau, welche Gefahren und von welchen Seiten sie uns drohen, und bringen die Opfer, die wir neuerdings auf uns zu legen müssen, für uns selber und für Niemanden sonst. Hält der Anblick des an massenhaft kriegsgerüsteten deutschen Volkes die Gegner des Friedens in heilsamem Respect, um so besser; wenn aber nicht — was ein gütiges Geschick verhüten wolle — so legt Deutschland der zuversichtlichen Hoffnung, daß es in seiner zeitgemäß verstärkten Heeresmacht, statt einer allsdann hinfällig gewordenen Bürgschaft des Friedens, die desto untrüglichere Bürgschaft des Sieges besitzen werde.

* Der Ausschuß des nordamerikanischen Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat sich zu Gunsten des Entwurfs über die Betheiligung der Vereinigten Staaten an der Pariser Ausstellung von 1889 geäußert.

Vom Kronprinzen.

* Es liegen heute zwei Nachrichten über die Krankheit des Kronprinzen vor. Die eine, Notiz der „Frankfurter Zeitung", besagt, daß Virchow das jüngst aus dem Kehlkopf des Kronprinzen ausgeworfene Partikelchen untersucht hat, über das Resultat aber Stillschweigen beobachtet wird. Das Allgemeinbefinden des Kronprinzen soll in den letzten Tagen etwas weniger gut gewesen sein.

Dagegen meldet die „Berliner Börsenzeitung" in Uebereinstimmung mit der gestern gebrachten Nachricht der „Vossischen Zeitung", daß die mikroskopische Untersuchung des von San Remo an den Geh. Medicinalrath Dr. Virchow übersandten Objects ein erfreuliches Ergebniß insofern erzielt hat, als keinerlei irgendwie befremdliche Substanzen gefunden worden sind. Hiemach befestige sich die Ansicht mehr und mehr, daß beim Kronprinzen eine Entzündung der Knorpelhaut und keinerlei krebsartiges Leiden vorliegt.

Militairisches.

* Zu dem Institut der Reserve-Officiere wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

Die Ueberzeugung, daß das Institut der Reserve-Officiere den erhöhten Anforderungen, welche in neuester Zeit an alle Zweige der Militairverwaltung gestellt werden müssen, nicht entspricht, ist das Ergebniß vielfacher Erörterungen in den Tagesblättern. Das Reserve-Officiercorps eines Truppentheils ist in erster Linie dazu bestimmt, im Falle der Mobilmachung die Officierstellen in dem betreffenden Regiment ꝛc. einzunehmen, welche der erhöhte Kriegsetat fordert, um die Lücken auszufüllen, welche durch die nothwendigen Abkommandirungen der Linienofficiere zu den Ersatzbataillonen ꝛc. entstehen. Um diesen Zweck möglich zu machen, müßte vor Allem angestrebt werden, jedem Truppentheil die erforderliche Anzahl von Reserve-Officieren zu verschaffen, die für den Fall der Mobilmachung sofort zugezogen werden können und die vermöge der steten Verbindung, in der sie durch ihre Einziehungen mit dem Truppentheil stehen, sich auch sogleich in den Rahmen des Regiments ꝛc. im Allgemeinen wie des Officiercorps im Besonderen einfügen. Wir glauben, daß für die Infanterieregimenter, die hierbei als Hauptstruppe zunächst in Frage kommen, eine Zahl von 30 Reserve-Officieren nur eben gerade ausreichen würde, um den ersten Bedarf der activen Regimenter aus dem Ersatzbataillon zu decken. Es müßte also dafür gesorgt werden, daß jedes Regiment, wie es bezüglich der Zahl der activen Officiere durch Versetzungen ꝛc. stets auf einem gewissen Stande erhalten wird, so auch immer eine gewissgerade Zahl von Reserve-Officieren habe, oder, wenn wie jetzt, die Zahl im Großen und Ganzen nicht ausreicht, daß die vorhandenen wenigstens gleichmäßig über alle Regimenter vertheilt seien. Dies ist nun aber keineswegs der Fall, im Gegentheil ist die Zahl der Reserve-Officiere bei den einzelnen Regimentern sehr ungleichmäßig. Die Regimenter, die in großen Städten, besonders Universitätsstädten stehen, haben eine ungemein große Anzahl von Reserveoffizieren, während andere, welche abgelegenere Garnisonen haben, eine durchaus ungenügende Zahl aufweisen, zum Theil auch, wie die neuen Regimenter 135 bis 138 gar keinen, 1 oder 2 Reserveofficiere zählen. Es giebt 13 Regimenter in der preußischen Armee, die 80 und mehr (eins 90) Reserveofficiere zählen. Dagegen 40, die deren 20 und weniger haben. Man wende nicht ein, daß für den Kriegsfall durch Nicommandirung ꝛc. Sorge getroffen ist, daß eine Gleichmäßigkeit stattfindet. Es ist Gewicht darauf zu legen, daß schon in Friedenszeiten die Reserveofficiere den Regimentern angehören, bei denen sie im Kriegsfalle dienen sollen. Das Wesen des ganzen Instituts verlangt einen engeren Zusammenhang zwischen dem Reserveofficier und „seinem" Regimente. Dieser Zusammenhang soll nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden, eine Forderung, deren Berechtigung in der Theorie kaum bestritten, in der Praxis dagegen vielfach nicht berücksichtigt wird.

Aus dem preußischen Landtage.

* Berlin, 28. Januar. In der Verhandlung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar über den Gesetzentwurf, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, griff der Abgeordnete von Schorlemer den Volksschullehrerstand in heftiger Weise an. Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Berichte äußerte er sich u. A. dahingehend: „An Stelle dessen — des bescheidenen Lehrers auf dem Lande — ist vielfach ein recht hochmüthiger, nicht besser gebildeter, aber große Ansprüche machender Lehrer getreten, dem eigentlich der Unterricht in der Schule eine sehr unangenehme Nebenbeschäftigung ist — sehr richtig rechts und im Centrum —, der lieber eine hohe Stellung im Staatsleben einnehmen und, wenn er könnte, den Staat regieren möchte." Es fiel auf, daß der deutsche Freisinn, welcher sich stets den Anschein giebt, die Interessen des Volksschullehrerstandes ganz besonders zu fördern, diesen Ueberreibungen gegenüber sich stillschweigend verhielt; ja, als Herr Rickert kurz darauf zum Wort kam, hatte derselbe nicht ein Wort der Abwehr gegen den ultramontanen Redner. Erst der später folgende nationalliberale Redner, Abg. Tramm-Hannover, wies diese ungerechten Angriffe als eine maßlose Uebertreibung mit Entschiedenheit zurück, indem er unter Anderem sagte: „Man sollte doch ein großes Bedenken tragen, hier im Parlament aus einigen gar nicht zu billigenden Bemerkungen, welche sich in einer Zeitung finden, einen derartigen schweren Vorwurf gegen einen großen und bedeutenden Stand zu erheben. In der persönlichen Bemerkung am Schluß der Verhandlungen suchte Herr v. Schorlemer zwar seine Aeußerungen einzuschränken, doch hätte er diese selbst am besten unterlassen, wenn er sie nicht voll aufrecht erhalten wollte. Wir erwähnen diesen Vorgang nur um deswillen, weil er uns bezüglich des Verhältnisses zwischen Freisinn und Centrum symptomatisch erscheint. Welche Entrüstung würde Herr Rickert zum Ausdruck gebracht haben, wenn aus der nationalliberalen oder conservativen Partei heraus der Volksschullehrerstand in solcher Weise angegriffen worden wäre!

* Berlin, 28. Januar. Das Abgeordnetenhaus verwies heute nach kurzer Debatte den Gesetzentwurf über Erlaß der Mittwoch-